

Brauer-Beitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

N^o 49.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 8. Dezember 1905.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Druck von Böhne & Böber, Hannover.

15. Jahrg.

An die Arbeiter der Brau- und Malzindustrie Deutschlands!

Die Steuerpolitik im Deutschen Reiche wird für die Lohnarbeitende Klasse immer drückender und unerträglicher. Durch das System der indirekten Steuern, der Zölle und Verbrauchsabgaben auf die notwendigsten Nahrungsmittel und Bedarfsartikel werden die Waren verteuert, wird der Verbraucher gezwungen, beim Einkauf auch zugleich seine Abgaben zu zahlen. Gegenwärtig betragen die Einnahmen aus den Zöllen und indirekten Steuern etwa 900 Millionen Mark jährlich, nicht mitgerechnet die Mehrausgaben der Konsumenten infolge der durch die Zölle verteuerten heimischen Produkte: Getreide, Vieh usw. Der Hauptanteil daran entfällt auf die minderbemittelte Bevölkerung, die Lohnarbeitenden Klassen, weil diese am zahlreichsten sind, und trifft diese am härtesten, weil sie unbemittelt sind. Dieses fluchwürdige und höchst ungerechte indirekte Steuersystem wird am besten illustriert durch eine Berechnung der „Germania“, die zum Zwecke des Vergleichs die Haushaltungsbücher eines reichen Mannes mit einem Jahreseinkommen von 120 000 Mk. und eines Arbeiters mit einem Jahreseinkommen von 840 Mk. studiert hat. Daraus ergab sich, daß der reiche Mann 53,35 Mk., der Arbeiter 43,41 Mk. an indirekten Reichssteuern im Jahre zu zahlen hatte. Im Verhältnis zu seinem Einkommen war der Arbeiter also hundertmal so hoch besteuert als der Reiche.

Dieses indirekte Steuersystem, das man ein System zur Ausplünderung der Armen nennen muß, erfährt seine Fortsetzung und Verschärfung durch den im Dezember 1902 von der „staatsverhaltenden“ Reichstagsmehrheit gewaltsam durchgedrungenen Zolltarif. Die Wirkung desselben wird die Arbeiterklasse erst nach Inkrafttreten der Handelsverträge im nächsten Jahre zu spüren bekommen. Einen klärenden Vorgeschmack davon hat sie schon in der Fleischsteuerung erhalten, die, wie künstlich dazu geschaffen, die Arbeiterklasse auf das noch Kommende vorbereitet und sie fachte daran gewöhnt, — gewöhnt an Entbehren, wenn sie nicht blechen will. Aber woher nehmen, wenn's so schon nicht reicht? Die Fleischpreise sind pro Pfund um 20—40 Pf. und mehr gestiegen. Bei einer Preis-erhöhung von nur 30 Pf. pro Pfund und bei einem Verbrauch von nur $\frac{1}{2}$ Pfund täglich — gewiß wenig genug — macht es im Jahre eine Mehrausgabe von 54,75 Mk. — für den, der sie hat. Wer sie nicht hat, der läßt eben das Fleischessen. Aber „es wird ja mit der Einführung des Zolltarifs alles noch teurer“, erklärte Minister v. Boddieski, selbst ein Schweinezüchter, auf die Klagen über die Fleischsteuerung und die Forderung, Abhilfe zu schaffen durch Doffnung der Grenzen für Vieh- und Fleischzufuhr. Und im Reichstag, wo dieser Tage die Interpellation der Sozialdemokraten über die Fleischsteuerung auf der Tagesordnung stand, wurde die Fleischsteuerung seitens der Regierung mit Unterstützung der staatsverhaltenden Mehrheitsparteien mit Boddieskis und ähnlichen Witzeln abgetan. Der Konsument soll blechen, und es kommt ja noch viel besser.

Noch steht erst die allgemeine Verteuerung der Nahrungsmittel und Bedarfsartikel durch den Zolltarif bevor, noch läßt der Zolltarif seine, die Arbeiterklasse plündernde Wirkung nicht aus, und schon kommen die verbündeten Regierungen mit neuen indirekten Steuern, darunter auch die Erhöhung der Brausteuer für die norddeutsche Brauereigemeinschaft, deren unheilvolle Wirkung, sollte sie Wirklichkeit werden, auf die Brauereiarbeiter sich schon voraussehen läßt. Die Steuer, die bisher auf den Doppelzentner Malz 4 Mk. betrug, soll folgendermaßen erhöht werden:

| | | |
|----------------|-----------------------|-------|
| für die ersten | 250 Doppelzentner auf | 7 Mk. |
| folgenden | 250 | 8 |
| „ | 500 | 10 |
| „ | 2000 | 11 |
| „ | 2000 | 12 |
| den Rest | „ | 12,50 |

Mit der Erhöhung der an die Reichskasse zu zahlenden Ausgleichsbeträge seitens Bayern, Baden und Württemberg, der Erhöhung der Uebergangsabgabe von dem aus diesen Bundesstaaten nach Norddeutschland exportierten Bier, und mit dem erhöhten Zoll vom Ausland eingeführten Biers erwartet die Reichsregierung im Beharrungszustande, also vom Jahre 1914 ab, eine Mehreinnahme von jährlich 67 Millionen Mark.

An Ausgleichsbeträgen zahlen die süddeutschen Staaten an die Reichskasse pro Kopf ihrer Bevölke-

rung so viel, als im norddeutschen Brausteuergebiet pro Kopf der Bevölkerung Einnahmen an Brausteuer entfallen. Diese Ausgleichsbeträge, die sich durch die beabsichtigte Verdreifachung der Einnahmen an Brausteuer im Brausteuergebiet ebenfalls verdreifachen würden, sollen nach dem Vorschlag der verbündeten Regierungen für die Rechnungsjahre 1906, 1907 und 1908 nur mit 40 vom Hundert, für die folgenden fünf Rechnungsjahre mit je weiteren 10 vom Hundert, und vom Jahre 1914 ab voll entrichtet werden. Diese Ausgleichsbeträge, die jetzt im Durchschnitt der Jahre 1901, 1902 und 1903 rund 8 Millionen Mark betragen, würden in fortlaufender Steigerung im Jahre 1914 rund 19 Millionen Mark betragen. Damit soll gezeigt werden, daß auch die süddeutschen Brauereiarbeiter ein gleich großes Interesse an der Erhöhung der Brausteuer im norddeutschen Brausteuergebiet haben, denn auf irgend eine Weise müssen die süddeutschen Staaten die Mehrausgaben an die Reichskasse eintreiben, sei es durch direkte Steuern, oder eventuell durch weitere Belastung der Brauindustrie.

Die Uebergangsabgaben von dem nach Norddeutschland exportierten Bier sollen von 2 Mk. auf 3,25 pro Hektoliter erhöht werden, und auch dieses erhöht die Interessen der süddeutschen Brauindustrie und auch der Brauereiarbeiter erheblich.

Der Böwenanteil an Biersteuer ist allerdings der norddeutschen Brauindustrie zugeacht. Die Begründung der Regierung für die Möglichkeit dieser Steuererhöhung verweist einmal darauf, daß das Bier ja nur „vielleicht bei manchem bis zu einem gewissen Grade ein nicht ganz entbehrliches Genussmittel“ sein mag, daß sich also jeder einer im Preise des Bieres zum Ausdruck kommenden Steuererhöhung ganz oder teilweise entziehen könne, wenn er, wie nach dem Wortlaut der Begründung die Regierung erwartet, dem Biergenuss entzagt oder wenigstens auf das äußerste einschränkt. Dieselben Regierungen rechnen aber auf die veranschlagten hohen Steuererträge bei gleichbleibendem Konsum, und meinen, daß die wirtschaftliche Bedeutung des Bieres durch die beabsichtigte Erhöhung der Brausteuer eine Beeinträchtigung nicht erfahren wird. Dieser Widerspruch! Die Begründung der Regierung verweist ferner zum Beweise der Unschädlichkeit der vorgeschlagenen Biersteuererhöhung auf die bayerische Pfalz, wo 1879 der Sprung von gänzlicher Freiheit des Bieres von staatlichen Abgaben zu der hohen bayerischen Bierbesteuerung gewagt wurde, ohne einen Nachteil für das pfälzische Braugewerbe. Die Statistik lehrt, daß von 282 Brauereien im Jahre 1879 in der bayerischen Pfalz im Jahre 1904 noch 79 Brauereien übrig waren. Und in den amtlichen Motiven der bayerischen Malzausschlagsnovellen von 1881, 1883, 1889 wird mitgeteilt, daß vom Einführungsdatum der neuen Steuer, 1. November 1879, bis 31. Juli 1881 48 Brauereien eingegangen sind, davon nach amtlichen Feststellungen 37 infolge Einführung des Malzausschlags. Diese Abwägung der kleinen Brauereien durch die Steuer nennt die Regierung: ohne einen Nachteil. Auch die Absatz- und Verkehrsverhältnisse in Elsaß-Lothringen werden in der Begründung der Regierung herangezogen zum Beweise, daß die von ihr vorgeschlagene Biersteuer in Norddeutschland berechtigt ist. Die Regierung hat vergessen, mitzuteilen, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Elsaß-Lothringen hundsmiserabel sind — sogar in der Großstadt Straßburg 12 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit und Lohn von 19 Pfennigen pro Stunde an — und daß die norddeutschen Brauereiarbeiter sich dafür bedanken, sich auf diese Stufe hinabdrücken zu lassen, selbst wenn die Regierung mit der Biersteuererhöhung diese Absicht verbinden sollte.

In allem beweisen die Gründe der Regierung das Gegenteil von dem, was mit ihnen bewiesen werden soll. Wie in Wirklichkeit die Dinge sich gestalten würden, würde der Reichstag den Anforderungen der Regierung bezüglich der Brausteuererhöhung statgeben oder überhaupt die bisherige Steuer nur nebensächlich erhöhen, das haben wir schon des öfteren dargelegt und auch die Brauereiunternehmer sind mit uns derselben Meinung:

Durch die Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel, die mit Inkrafttreten der Handelsverträge am 1. März nächsten Jahres einsetzen wird,

und die die minderbemittelte Bevölkerung, die Arbeiterklasse am härtesten trifft, wird diese als Hauptkonsument den Konsum des Bieres erheblich einzuschränken gezwungen. Resultat: Beschränkung der Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter der Brau- und Malzindustrie;

Kommt noch eine Biersteuererhöhung hinzu und die Brauereien verteuern das Bier zum Ausgleich der ihnen auferlegten Lasten, dann wird der Bierkonsum noch weit mehr eingeschränkt. Resultat: eine weitere große Anzahl Arbeiter der Brau- und Malzindustrie werden überflüssig, existenzlos;

Sehen die Großbrauereien von einer Erhöhung des Bierpreises ab, um sich durch Ausdehnung des Absatzgebietes schadlos zu halten, dann wird eine beispiellose Konkurrenz einsetzen und um die kleinen und kapitalschwächeren Brauereien, die ohne Bierpreis-erhöhung überhaupt nicht mehr existenzfähig wären, wäre es bald geschehen; sie würden ihre Betriebe schließen müssen und die Tausende von ihnen beschäftigten Arbeiter würden existenzlos.

Auch der Steuerausschuß des „Deutschen Brauerbundes“, der Organisation der Unternehmer, hat in Rücksicht auf die Brausteuererhöhungspläne der Regierung in seiner Eingabe an die Mitglieder des Reichstags darauf hingewiesen, daß, wenn diese

„Steuererhöhung von einzelnen Großbrauereien nicht auf die Konsumenten abgewälzt würde, mit Sicherheit einer der schärfsten Konkurrenzkämpfe gegenüber den kleineren und mittleren Brauereien zu erwarten ist, der zweifellos zur Vernichtung derselben und zu einer Monopolstellung der größten Brauereien führen würde.“

Dahin treibt die Steuerpolitik der Regierung: zur Vernichtung des Mittelstandes, was die Regierung wohl unter der Bezeichnung „Mittelstandspolitik“ versteht, und zur Existenzlosmachung Tausender Brauereiarbeiter und Malzereiarbeiter. Diese sind als Konsumenten gleich der übrigen Arbeiterschaft schon durch die Fleischsteuerung und werden noch mehr durch die bevorstehende allgemeine Teuerung infolge des Zolltarifs mit Nutzen gepeinigt; durch die Brausteuererhöhung würden sie als Produzenten mit Skorpionen gezüchtet werden und das nennt die Regierung: die Steuern möglichst vielen und leistungsfähigen Schultern auferlegen.

Gegen diese ihnen zugeachteten unerhörten Schädigungen rufen wir die Arbeiter der Brau- und Malzindustrie zum Protest auf. An jedem erreichbaren Orte, wo diese Betriebe vertreten sind, müssen Protestversammlungen einberufen und der Regierung einmütig gefagt werden, daß man sie samt ihren Steuerplänen dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst. Es ist mehr als genug mit dem System der die Arbeiter so schwer belastenden indirekten Steuern Unfug getrieben, die Arbeiter wollen nicht etwa das Zweihundertfache an indirekten Steuern gegenüber den Reichen zahlen. Sie haben Lohnverhöhungen und Arbeitszeitverlängerung notwendig, um die volkswirtschaftlichen Schädigungen an der Gesamtheit der Arbeiterklasse durch die indirekten Steuern, durch den Zolltarif in etwas gut zu machen. Die Brauereiarbeiter erwarten, daß der Reichstag die Brausteuererhöhung glatt ablehnt. Vor allen Dingen aber:

Fehle niemand in diesen Protestversammlungen!

Brauereifunktionen und Brauereiarbeiter-Organisation.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist aufgebaut auf dem freien Spiel der Kräfte. Die größte Kraft liegt im großen Kapital. Der große, finanzkräftige Betrieb drückt den kleinen, finanzschwachen in freier Konkurrenz nieder. Der Großbetrieb produziert verhältnismäßig billiger, erzielt durch den größeren Umsatz einen höheren Gewinn und kann infolgedessen der kleineren Konkurrenz den Fuß auf den Nacken legen. Eine Form, Betriebsunternehmungen groß, finanzkräftiger zu machen, um mit- und emporzukommen im freien Wettbewerbe, ist die Einrichtung der Aktienunternehmungen, wo viele ihre Mittel zum gemeinsamen Unternehmen zusammenfassen. Doch immer billiger soll produziert, ein immer größerer Absatz und Gewinn soll erzielt werden: die Tendenz der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise. Ist dieses nicht möglich durch Kapitalzufuß seitens der Aktionäre und entsprechende Erweiterung des Absatzgebietes, so erfolgen Betriebsfusionen, die sich um so eher ermöglichen lassen, als so viele Kapitalisten und Banken Aktionäre der verschiedenen Betriebe sind oder werden können, sich aber nötigenfalls zu geeigneter Zeit solcher Aktien verschern, wenn eine solche Fusion als

In ihrem Interesse gelegen beabsichtigt wird. Eine Fusion zum Zwecke der Anhäufung einer größeren Kapitalmacht mit allen ihren Vorteilen zieht andere Fusionen nach sich, jeder will, sofern es geht, in die Reihen der Großen, um nicht erdrückt zu werden, um nicht im Chaos, sondern in der Ordnung zu stehen. Werden diese Fusionen als Anfänge der Fusion durch die ungeliebte Höhe- und Steuerpolitik der Regierung.

Diese Betriebsvereinigungen — ältere geschichtliches in der Form von Ankauf eines Betriebes — sind in der Brauindustrie wohl noch häufiger. Die erste Fusion war unseres Wissens die Schultze & Brauer mit der Brauerei Zwick in Berlin im Jahre 1891, in welche dann noch mehrere andere Betriebe einbezogen wurden. Dem Beispiel folgten dann noch andere Berliner Großbrauereien, wie Pilsener, Pagenhofer, Wod, Viktoria, die sich mit anderen Betrieben verschmolzen. Auch im übrigen Reich wurden Fusionen vorgenommen, sie waren aber nicht sehr zahlreich. Aus neuerer Zeit sind bemerkenswert die Fusion der Union-Brauerei mit dem Frankfurter Kindl in München, die Fusion der Frankfurter Bürgerbrauerei mit Schöfferhof in Mainz — alles größere Betriebe — und noch einige andere Fusionen, auf die wir noch besonders zu sprechen kommen.

Bei all diesen vorerwähnten Fusionen blieben sämtliche aktiven Unternehmungen im Betriebe, weshalb wohl die Brauereiarbeiter wenig Interesse daran und wenig Nutzen davon nahen, höchstens in dem Sinne, als Befestigung der Beherrschung der kapitalistischen Entwicklung, der Konzentration des Kapitals. Anders ist es jedoch und erfordert die ganze Aufmerksamkeit der Brauereiarbeiter, wenn mit der Fusion Betriebsstillegungen verbunden sind.

Bei den Fusionen — oder auch Ankäufen von zweiten und dritten Brauereien — ist lediglich das finanzielle Interesse maßgebend. Arbeiterinteressen kommen bei den Fusionen überhaupt nicht in Frage; der Zweck der Fusion ist die Verdrängung der Arbeiterinteressen aus dem Betriebe. Das Kapital kennt nur Profit, und alle derartige Maßnahmen der Kapitalhaber dienen nur dem höheren Profitinteresse; in Rücksicht auf die Arbeiter werden keine Vorkehrungen getroffen. Und dieses reine, unerschütterliche Profitinteresse ist gleich, ob es sich um Fusionen ohne besondere oder vorwiegende Beteiligung von Banken handelt, oder solche, bei welchen eine Bank die treibende Kraft ist, die Vorkehrungen dazu trifft durch Ankauf von Aktien im eigenen Interesse oder im Auftrag anderer, die Fusion einleitet und durchführt, wie es besonders durch die Bank für Brauindustrie in neuerer Zeit geschieht. Erfordert es also das Profitinteresse der Fusionäre, daß ein Betrieb stillgelegt wird, so geschieht es eben; das Interesse der Arbeiter des stillgelegten Betriebes ist für sie vollkommen nebensächlich.

Da ist es denn auch eine dankbare Aufgabe der Brauereiarbeiter-Organisation, neben ihrer vielfältigen Tätigkeit für die Interessen der Brauereiarbeiter auch in solchen Fällen deren Interessen zu wahren und zu vertreten, und zu verhindern, daß man sie nicht, die vielfach schon teilweise in dem stillgelegten Betriebe alt gemordet sind und in anderen Betrieben schwerlich Unterkunft finden, einfach auf die Straße setzt und sie ihrem Schicksal überläßt. Dies hat der Brauereiarbeiterverband dort, wo er vertreten war, bisher auch getan. In Fällen, wo infolge solcher Fusionen oder infolge Ankaufes Betriebe stillgelegt wurden, ist er für die Interessen der Arbeiter dieser Betriebe eingetreten und hat bewirkt, daß die Arbeiter soweit als möglich in den anderen Betrieben des gleichen Unternehmens untergebracht wurden. Es geschah dieses bei der Fusion der drei Brauereien in Wittenburg die Ende der vierziger Jahre, wobei zwei Betriebe stillgelegt wurden, seiner bei Ankauf und Stilllegung der Brauerei Domlesburg der Aktienbrauerei in Nordhausen in letzter Zeit, und bei der Stilllegung der Brauerei Mühl-Bollmarthaus nach Ankauf seitens der Brauerei Niesch u. Co. in Leipzig.

Neuerdings erfolgte nun die Stilllegung eines Betriebes in Dresden nach erfolgter Fusion mit anderen Betrieben. Der Deutschen Bierbrauerei-Gesellschaft, der die Brauerei Pilsener bei Berlin und die Exportbrauerei in Radeberg angehört, wurde durch Transaktionen der Bank für Brauindustrie kürzlich die Feldschlößchen-Brauerei in Dresden und zuletzt auch die Gambrinus-Brauerei in Dresden angeschlossen. Die Gambrinus-Brauerei wurde dazu ausserhalb, zum rationeller Arbeit stillgelegt zu werden, das für die bisherige Standhaftigkeit dieser Brauerei benötigte Bier sollte in den technisch bester eingerichteten Brauereien Feldschlößchen beziehungsweise Exportbrauerei Radeberg hergestellt werden. Die Gambrinus-Brauerei, die einen Ausstoß von circa 65 000 Hektolitern hatte, sollte zu einer größeren Malzfabrik umgebaut werden.

Am dem 15. November wurde im Gambrinus nicht mehr gefolgt. Am gleichen Tage erhielt das gesamte Kontorpersonal seine Kündigung, auch wurde den letzten 5 Brauereiarbeitern Kaufpaß gegeben. (Das übrige Arbeiterpersonal wurde gefolgt; die letzten, wenn das vorläufige Bier verkauft war.) Nunmehr nahm sich der Brauereiarbeiterverband der Sache der Brauereiarbeiter an. Borecht wurden die Entlassungen der 5 Kollegen rückgängig gemacht, während die Betriebsleitung eine Entschädigung von je 200 Mk. anzubieten sich erbot, was von der Organisationsleitung nicht angenommen wurde. Auf Wunsch der Betriebsleitung der Gambrinusbrauerei wurden ihr mittels der Organisationsleitung des Brauereiarbeiterverbandes in Dresden dann die Forderungen schriftlich mitgeteilt. Bei der letzten Unterhandlung, an welcher die gesamten Betriebsleitungen und der Vorstand der Bank für Brauindustrie teilnahmen, wurden die Forderungen mit einigen Änderungen angenommen. Das Resultat war folgende:

Vereinbarung:
Zwischen der Radeberger Export-Brauerei, Zweigniederlassung der Deutschen Bierbrauerei-Aktiengesellschaft in Radeberg (nächst zur Radeberger-Brauerei gehörend), und der Brauerei Feldschlößchen, Aktiengesellschaft in Dresden (nächst zur Feldschlößchen-Brauerei gehörend) einerseits und der Vertreter des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter andererseits wird heute anlässlich der Betriebsstillegung der Aktiengesellschaft Gambrinus in Dresden folgendes abgeschlossen:

1. Die Überweisung der auszustellenden Arbeiter der Gambrinus-Brauerei hat in der Reihenfolge des Dienstalters, vom Ältesten an gerechnet, in die Betriebe der Radeberger und der Feldschlößchen-Brauerei zu erfolgen.
2. Etwa sich notwendig machende Ausstellungen sind der Reihenfolge nach in allen Arbeiterkategorien der oben bezeichneten Betriebe, welche in Tätigkeit bleiben, vom jüngsten Arbeiter aufwärts dem Dienstalter nach vorzunehmen.
3. Radeberger und Feldschlößchen verpflichteten sich, Ausstellungen so wenig wie möglich vorzunehmen.
4. Von den Verfahrern, Maschinen, dem Flaschenpersonal und den Handweibern wird niemand ausgestellt oder die Ausstellungen erhalten die in § 4 gedachte Entschädigung, jedoch erhalten alle weiblichen Ausgestellten nur die Hälfte dieser Entschädigung bei der Ausstellung.
5. Sobald ein Arbeiter zur Ausstellung kommt, wird demselben eine entsprechende Entschädigung von 500 Mk. in bar gewährt. Ist noch sechs Wochen eine feste Anstellung in einem der Betriebe der Radeberger oder Feldschlößchen-Brauerei unter ihrer bisherigen Lohnhöhe nicht erfolgt und hat der Betreffende auch in einer anderen Brauerei keine Stellung gefunden, wird eine nochmalige Entschädigung für jeden diebezüglichen Fall in Höhe von 400 Mk. in bar nachgezahlt.

§ 5. Durch die bedingte Übernahme dürfen irgendwelche Lohnrücklagen nicht erfolgen.

Die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter machen sich dafür verbindlich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß durch die in den einzelnen Abteilungen dadurch unter Umständen entstehenden Verschiedenheiten in den Lohnbezügen eine Ungleichheit der Arbeitnehmer nicht eintritt, insbesondere diese nicht dieselbe Bezahlung wie die höher Bezahlten verlangen.

§ 6. Bei Uebertragung von Arbeitskräften in den Brauereien Radeberg und Feldschlößchen müssen die Ausgestellten in erster Linie eingestellt werden.

Radeberg und Feldschlößchen verpflichteten sich, bei Ums und Neubauten ihrer Betriebe in erster Linie die noch vorhandenen auszustellenden Arbeitlosen zu beschäftigen. Radeberg und Feldschlößchen werden daher bei Vergebung von Submissionen an Baumeister und andere Ausführer dieser Vereinbarungen Rechnung tragen.

Bei Aufnahme des Betriebes der Malzfabrikation oder Brauerei bei Gambrinus haben die Ausgestellten das Vortrecht auf Einstellung.

Mit vorstehendem, in drei gleichlautenden Exemplaren untergezeichnetem Verträge erklären sich durch Namensunterschrift beide Teile einverstanden.

Dresden, den 23. November 1905.
Brauerei zum Feldschlößchen (Aktien-Gesellschaft):
Wachmann, Bobisch.
Radeberger Export-Brauerei:
Bruno Weber.
Für den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter:
W. Klippel.

Dieser Erfolg der Organisation ist gewiß ein außerordentliches und wird uns in zukünftigen ähnlichen Fällen gute Dienste leisten. Es wurde verhindert, daß man die Arbeiter des stillgelegten Betriebes einfach auf die Straße setzte, als Opfer der Fusion, der kapitalistischen Entwicklung. Die alten Arbeiter sind nun nicht, dank dem Eingreifen der Organisation, ihrem Schicksal überlassen. Freilich stellt diese Vereinbarung hohe Anforderungen an die Solidarität der jüngsten Arbeiter der Betriebe, soweit sie eventuell den älteren Platz machen müssen, aber die Solidarität, das Eintreten einer für alle und alle für einen, das Eintreten für eine gemeinsame große Sache ist ja das erhabenste und höchste Prinzip, der Grundpfeiler unserer Organisation. Und nicht mittellos verlassen die event. davon betroffenen jüngeren Arbeiter ihre Plätze, sondern sie erhalten den Umständen nach eine durchaus beachtenswerte Entschädigung, haben als Erste Anrecht auf Einstellung in den Betrieben, wie auch in der zu errichtenden Malzfabrik, und sind auch sonst berücksichtigt worden. Zudem bürgt ja auch die Höhe der Entschädigung und die Form der Auszahlung derselben dafür, daß von Ausstellungen möglichst wenig Gebrauch gemacht, und Entstellungen wenn irgend angängig erfolgen werden, und die Arbeiter der Betriebe werden sich dessen bewußt sein, daß sie nicht etwa durch Ueberhanden zu notwendige Entstellungen hintertrieben. Die von der Ausstellung event. betroffenen Arbeiter werden sich der höchsten Prinzipien einer Organisation, der Solidarität und der Disziplin, und dieses erzielten Erfolges von weittragender Bedeutung würdig zeigen.

Aber noch eins kommt hier in Betracht. Der Erfolg, diese Vereinbarung, zeigt wieder deutlich, wie notwendig eine einheitliche Organisation der Brauereiarbeiter ist, die, wie hier, ohne Einrede und Einwilligung von dritten, vierten und fünften Organisationen in aller Ruhe und mit Ueberlegung ihre Dispositionen treffen und die Vereinbarung zustande bringen konnte. Mehr hätte hätten sicher den drei Vorarbeiten, zumal wenn solche mitgewirkt hätten, von denen der eine allzuviel Salz, wünschlich Wehsalz, der andere allzuviel Harmoniewasser beibringt hätte. Die Tunte wäre nicht zu genieschen gewesen. Aber auch die Kontoristen, die sonst gewöhnlich die Arbeiter über die Achsel ansehen, können hier von den Arbeitern lernen und erkennen, was die Organisation nützt.

Mit der Stilllegung der Gambrinusbrauerei, bezw. mit der vorstehenden bezüglichen Vereinbarung beschäftigte sich ein stark besuchte Versammlung der Dresdener Brauereiarbeiter am 27. November. Kollege Klippel erläuterte in seinem Referat zunächst die Ursachen, welche zur immer größeren Konzentration des Kapitals im Braugewerbe führen, dabei die deutsche Schanzpolitik beleuchtend, welche neben der Profitgier der Unternehmer den größeren Teil Schuld an der immer zunehmenden Arbeitslosigkeit in unserem Berufe trägt, was wiederum die Stilllegung der Gambrinusbrauerei, durch die ein Teil Arbeiter drohtlos werde, zeige. Deutlich erkenne man hier wieder, daß die Agrarier und Regierung durch ihre bodenlosen Steuerprojekte die industriellen Unternehmer zu Maßnahmen zwingen, welche für die Industriearbeiter tief einschneidende Folgen haben. Wenn auch in diesem Fall es durch die Würde der Arbeiterorganisation gelungen sei, für die durch diese Maßnahmen betroffenen Kollegen eine Selbstentzündung durchzusetzen, so dürfte nicht verkannt werden, daß, weil die Konzentration des Kapitals in allen Segenden Fortschritte mache, durch solche Maßnahmen immer mehr Arbeitslose geschaffen würden, welche auf die Dauer von der Beteiligung an der Produktion ausgeschlossen werden. Aber dieser Fall beweist, wie unbedingt notwendig eine einheitliche Organisation in den Betrieben sei, um solchen Maßnahmen die Billigkeit und Schärfe zu nehmen, um die Interessen der Arbeiter in möglichstem Maße zu wahren. Hatte das Kontor- und Beamtenpersonal nicht seinen Standesdünkel von jeher behauptet, so wäre es möglich gewesen, auch für dieses eine angemessene Entschädigung zu verlangen. Heute hätten wir keine Ursache, für diejenigen einzutreten, die bisher die Klassenbewußte Arbeiterschaft über die Schultern angehen hätten. An dieser Vereinbarung partizipieren auch einige Bundesmitglieder, Mitglieder einer Organisation, deren Zweck bisher der war, uns bei Lohnbewegungen und Streiks hindernd im Wege zu stehen und uns in den Rücken zu fallen. Diese werden hoffentlich aus dem Vertrage die Lehre ziehen, daß es nur zwei Parteien gibt, die der Arbeit und die des Kapitals, und daß die Interessen der Arbeiter nur durch eine einheitliche Organisation moderner Richtung gewahrt werden können. Die Kommission zur Vertretung der Forderungen glaubt ihre Pflicht erfüllt zu haben, indem sie die Forderungen durchgesetzt hat. Den Ausführungen wurde lebhafter Beifall zuteil.

In der Diskussion wandte sich Neudorff, Radeberg, gegen die durch den Vertrag bedingte Ausstellung der zuletzt eingestellten Kollegen in Radeberg zugunsten der älteren Kollegen von der Gambrinusbrauerei, sowie gegen die alleinige Unterzeichnung des Vertrages durch Klippel. Der Sicherheit halber hätten sich mehrere Unterschriften sollen. Die Vorträge Schmidt und Wagner schloßen sich in dem ersten Punkte dem Vorredner an, auch halten sie die in zwei Raten von 600 Mk. und 400 Mk. gewährte Summe nicht für vorteilhaft. Pfeifer, Grimm, Eberhardter und Lischer sprechen ihre Zufriedenheit über das Zustandekommen des Vertrages aus. Klippel geht in seinem Schlußwort zunächst auf die Grundgedanken Neudorffs ein. Was die alleinige Unterzeichnung des Vertrages anbelange, habe er sich dazu berechtigt gehalten, nachdem er in der letzten Unterhandlung noch höhere Zugeständnisse erzielt hätte, als die Kommission erwartet hätte. Im übrigen, wenn die Unterzeichner den Vertrag etwa nicht halten wollten, würden sie ihn auch nicht halten, wenn mehrere unterschrieben haben. Betreffs der Ausweisung der Kollegen habe die Kommission sich vom menschlichen und rechtlichen Standpunkt bestimmen lassen, daß

diejenigen, welche den größten Teil ihrer Lebenskraft der Gambrinusbrauerei gewidmet haben, zuerst Anspruch an der weiteren Produktion des bis dato von ihnen hergestellten Bieres haben. Gedenke man im Sinne Neudorffs, so besorge man die Geschäfte der Unternehmer, indem die älteren Arbeiter von Gambrinus der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden, um dafür jüngere, leistungsfähigere den Betrieben zuzuführen. Auch bitte er zu erwägen, daß jeder Kollege einmal alt werde. Den Vorschlägen bediente er, daß die Entschädigungssumme gerade im Interesse der Kollegen geteilt werden sei, um einen Druck auf die Arbeitgeber zur Wiedereinstellung auszuüben; wir wollten die Summe lieber nicht, sondern Arbeit. Wir jedoch auf Wiedereinstellung verzichte, erhalte die 1000 Mark sofort ausgezahlt. Im übrigen glaubt Neferent, daß dieser Vertrag in der deutschen Arbeiterbewegung wohl einzig dastehende, indem durch denselben die übliche Ablicht des Kapitals, die Arbeiter nach seiner Willkür auf die Straße zu werfen, verhindert worden sei. Die an dem Vertrage geübte Kritik falle in sich zusammen, nachdem alle Einwände und Zweifel widerlegt seien. Folgende Resolution fand gegen zwei Stimmen Annahme:

„Die heute im „Gambrinus-Saal“ tagende, stark besuchte Brauereiarbeiterversammlung erklärt sich mit dem abgeschlossenen Verträge voll und ganz einverstanden.“
Mit einem dreifachen Hoch auf den Brauereiarbeiterverband erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Jahresberichte der Gauleiter.

Gau 3 (Sitz Leipzig).
Das erste Jahr nach der Reorganisation des Verbandes ist vorüber, und wird es sich zeigen, ob mit den Beschlüssen des Frankfurter Verbandstages das Richtige getroffen wurde. Jeder, der die Arbeit dieses Jahres einigermaßen beurteilen kann, wird lehrreicher mit Ja beantworten müssen. Schwere Wunden würden der Organisation geschlagen worden sein, hätte nicht immer die Gauleitung, als vom Unternehmertum unabhängige Person, sich ins Mittel legen können. Viele, zum großen Teil zu Unrecht und in Voreiligkeit ausgesprochene Entlassungen und Maßregelungen sind durch rechtzeitiges Eingreifen rückgängig gemacht und dem Verbande dadurch immens: Kosten gespart worden. Wie oft ist es nicht vorgekommen, daß alle Mäße aufgeben werden mußte, um die dadurch empörten Mitarbeiter von Unbesonnenheiten zurückzuhalten. Zur weiteren Teile des Berichtes wird es sich auch finden, welcher Zeitaufwand dazu nötig war.

Auch hat es sich vollkommen bewahrheitet, daß es oft leichter ist, etwas zu gewinnen, als das Gewonnene zu erhalten. Mit vollem Rechte kann behauptet werden, daß nie zuvor die Visitation so erschwert wurde, wie dieses Jahr, unter dem Zeichen der allgemeinen Schanzmacherei. In den verschiedensten Fällen sind die Vertreter der Arbeiter von dem noch wenig sozial empfindenden Unternehmertum hinfällig abgemindert worden, weil man glaubte, seinem „Herrn-im-Hause-Lium“ durch vernünftige Unterhandlungen zu schaden. Man will mit „Betriebsfreunden“ nichts zu tun haben und nur mit „seinen Leuten“ verhandeln. Daß dieser Gesinnung nicht immer nur ideale, sondern meist sehr materialistische Gedanken zugrunde liegen, versteht sich am Monde, weiß man doch ganz genau, daß die meisten von „ihren Leuten“ das Abhängigkeitsgefühl noch nicht abgestreift haben und eher zur Annahme von Verträgen zu haben sind, bei denen für die Arbeiter wenig, oder gar nichts herauskommt, als die in solchen Sachen bewanderten und unabhängigen Gauleiter. Hierzu gleich einige Beispiele:

Im März d. J. wurde im Auftrag der organisierten Arbeiter der St. Georgenbrauerei zu Saugerehausen ein Rohntarif per Einschreibebrief vom Gauleiter eingereicht. Die ebenerwähnte Antwort blieb aus und folgte daher ein zweites Schreiben, welches ebenfalls unbeantwortet blieb. Jetzt wurde durch vorheriges Wissen eines persönlichen Anspruchs versucht und dabei nur erreicht, daß der damalige Direktor in nicht gerade salomonischem Tone erklärte: „Wer von den Leuten etwas will, mag selbst kommen.“ Die Brauerei verschmähte sich kurze Zeit darauf mit der am Orte befindlichen Feldschlößchen-Brauerei und wiederholte sich unter der neuen Direktion genau dasselbe Schauspiel, nur der dritte Akt erfuhr eine Veränderung insofern, als der neue Herr Direktor bei einem Besuche überhaupt nicht zu sprechen war. Doch sind, den Arbeitern nun freiwillig (?) die Löhne aufgebessert worden; die Sonntagsarbeit wurde etwas geregelt (im Winter) und wird jetzt die Sonntags-Du Jour bezahlt. Ungleich auf denselben Standpunkt stehen die Direktoren der Brauereien in Eisfeld in Sachsen-Meiningen.

Ein ganz neues Verfahren beliebte die von 1893 her bekannte Vereinsbrauerei zu Apolda. Sie beantwortete alle Briefe prompt und in ganz anständiger Weise. Einmal war schon der Termin festgesetzt, wann der beauftragte Gauleiter in Brauereikontor empfangen werden sollte, da kamen aber „das Schicksal“ und andere unabwehrbare „Verhältnisse“ dazwischen und es mußte die Unterredung nochmals verschoben werden, bis man endlich, sich im Bureau des Syndikus der Brauerei, bei Herrn Rechtsanwalt Wardenberg in Weimar, traf. Hier ließ man sich herbei, wohl über den eingereichten Tarif zu reden, aber — abschließen wollte man keinen. Auch hier ließ es, wie verhandelt: nur mit „unseren Leuten“. Die Folge war ein dreimonatlicher Bierkrieg, und erhielten die Arbeiter mögliche Lohnzulagen von 2-3 Mk. Auch wurde die tägliche Arbeitszeit um 1 Stunde gekürzt und die Sonntagsarbeit besser geregelt. Wie weit das „gute Herz“ dieser Direktion ihren Arbeitern entgegenlag, wurde bei dieser Lohnbewegung prachtwoll am 3. September d. J. illustriert. Die Arbeiter versuchten, nur durch ihre Organisation Verträge abzuschließen, die Brauereileitung griff zu einem Gewaltakt und ließ die Legitimationen der Arbeiter fertig stellen, nachdem wurde am Sonntag, den 3. September, vormittags 9 Uhr, eine Versammlung in der Malzstube abgehalten, wo die vorher nicht anerkannte Arbeitsordnung zur Unterfertigung vorgelegt wurde. Der Vertrauensmann war vorher vom Rat, sowie vom Gauleiter beauftragt, diese oben genannte Verbesserung mit der Arbeitsordnung in Kauf zu nehmen und wurde so die geplante „Rahmännerlei“ vereitelt. Es liegt nur an den Arbeitern selbst, das noch fehlende sich bei gelegener Zeit nachzuholen. Jeder vernünftige Mensch aber, der nicht von der jetzt modernen Scheiterteinpraktik angekränkt ist, wird nicht d. rühen können, wie eine Brauerei, die sich ihren juristischen Syndikus hält, den Arbeitern verbieten will, sich ebenfalls vertreten zu lassen, von wem sie wollen.

Desgleichen die Brauereien in Magdeburg. Als im vorigen Jahre die Zahlstelle in Magdeburg wieder geändert wurde, reichten die Bundesgenossen, um uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, falls über Kopf einen Lohnantrag ein, der noch öffentlicher Bekanntgabe des Vorliegenden B. Schmidt nach 14-tägiger Beratung zur Annahme gelangte. Um nun den 14-tägigen Fristen nicht ankommen zu lassen, ließ Schmidt in das Bureau der Transportarbeiter und suchte diese zum gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen. Als wir später für die übrigen Kategorien durch die Organisation Forderungen einreichten, hatten es die Brauereien ab, mit „Betriebsfreunden“ zu verhandeln, trotzdem sie nach Anträge Schmidt mit diesem verhandelt haben. Die durch einen Syndikus vertretenen dortigen Brauereien suchten es sich jetzt noch leichter zu machen. In eine dortige Brauerei richtete der Zahlstellenvorstand eine Lohnforderung. Er wurde damit von der Direktion an den Verein der Brauereien von Magdeburg und Umgegend, Gesellschaft m. b. H., gewiesen. Hier wurde er

aufgefordert, den Nachweis zu erbringen, daß er beauftragt oder bevollmächtigt sei, die betreffenden Forderungen zu stellen. Beherrschend gefühl und dann erhielt der Vorliegende folgenden lakonischen Bescheid:

Berein der Brauereien von Magdeburg und Umgegend, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Magdeburg, den 1. September 1905.
Rudolfstraße 1, I.

Nachdem wir zu Ihren Eingaben vom 7. und 18. d. M. die dem diesseitigen Verein zugehörige Cracauer Brauerei, G. m. b. H. in Cracau b. M., gehört haben und diese uns erklärt hat: sie müsse es ablehnen, auf Unterhandlungen mit nicht in ihrem Betriebe beschäftigten Personen zur Regelung ihrer Verhältnisse einzugehen, bitten wir Sie, die betreffenden Arbeiter direkt an uns zu verweisen zu wollen. Namentlich in Fällen, in denen nur ein Betrieb in Frage kommt, scheint es nicht angebracht, die Stellung und Vertretung von Forderungen der beregten Art durch Dritte zu vermitteln. Wir müssen es deshalb auch unsererseits ablehnen, mit Ihnen über die Angelegenheit zu verhandeln, umso mehr, als Sie uns den unterm 12. d. M. ersuchten Nachweis nicht beigebracht haben.

**Schlichtungswill
Verein der Brauereien
von Magdeburg und Umgegend,
G. m. b. H.
M. Nagel.**

Hier wird ganz unerbittlich gezeigt, daß die Brauereien die Organisation sehr wohl zu schätzen wissen, d. h. die Organisation des Unternehmertums, und schickt man die Arbeiter von Pontius zu Pilatus. Erst weist die Direktion den Vertreter der Arbeiter an die Vereinigung, vor der Vereinigung will diese selbe Direktion, nun mit den im Betriebe tätigen Personen verhandeln, dann wird der Antragsteller aufgefordert, die Arbeiter direkt an den Verein zu verweisen zu wollen. Ein einiger Kreislauf, wobei die Arbeiter nie zu ihrem Rechte gelangen. Man muß sich halbwegs diese Mühen nicht weiter ausgedehnt werden, nur sei hier noch bemerkt, daß derselbe Herr Direktor Vorsitzender des Vereins der Brauereien von Magdeburg und Umgegend ist, und also genau wissen muß, daß es heiligste Pflicht eines Vorsitzenden ist, die Interessen der Mitglieder zu wahren, aber nach seiner Meinung brauchen die Arbeiter keinen „Fürsprecher“. Die Zeit, und die Organisation der Arbeiterkraft wird auch diese Herren befehlen, daß das Koalitionsrecht auch für die Arbeiter da ist und nicht nur für Brauereidirektoren.

Streiks fanden im Berichtsjahre zwei statt und zwar: der erste am 6. November 1904 im Bürgerlichen Brauhaus zu Freiberg i. S. aus. Schon seit Abschluß des Tarifes im Juni desselben Jahres hörten die Feindseligkeiten und Tarifstöße seitens der Direktion nicht auf. Es war bereits die vierte Arbeitsniederlegung seit Juli. Auf beiden Seiten sind schwere Opfer gefallen und wurde schließlich der ungleiche Kampf, den die Arbeiter ohne Zutun des Gaus oder Hauptvorstandes aufgenommen hatten, von uns abgebrochen, da die nötige Unterstützung der dortigen Arbeiterkraft nicht ausreichte.

In Jittkau i. S. wurde zur Erzwingung der eingetragenen Forderungen am 9. Juni d. J. in dem Streik eingetreten. Durch das hartnäckige Weigern des jugendlichen Brauereibesitzer Herrn Jentsch folgte ein Bierkrieg, nach dem nicht ohne Verlust auf die Brauerei blieb. Die Streikenden fanden bald in anderen Betrieben Unterkunft und hat sich so die Angelegenheit geregelt.

In Mühlhausen in Thüringen wurden im Dezember v. J. die Arbeiter in der Brauerei W. Schmidt ausgepeert. Schon im Sommer hatte dieser Herr das Koalitionsrecht seiner Arbeiter angezweifelt und verlangte den Austritt aus der Organisation, die Arbeiter antworteten mit Arbeitsniederlegung und wurde durch Vermittlung des Vertrauensmanns und des Gauleiters der fromme Wunsch des Herrn vereitelt und sämtliche Arbeiter wieder eingestellt. Jetzt arbeiten dort nur noch Kaufleute und Bandarbeiter.

Mit diesen eben Geschilderten werden die Kollegen einsehen, daß auch im dritten, als besten verschrienen Gau der Kampf nicht aufhörte, denn es kommen dazu noch 21 Fälle von Entlassungen resp. Maßregelungen. In 12 Fällen konnte die Wiedereinstellung erzielt werden. In einem Falle wurden 14 Tage Entschädigung erreicht. Ein Arbeiter konnte nicht vertreten werden, da er nach Erhebungen am Orte sich grober Frechheit schuldig gemacht hatte. Ein Kollege verzichtete auf Wiedereinstellung, weil seine Mitarbeiter auf einem vom Kantor ausgefertigten Schreiben durch Unterschrift sich gegen ihn erklärten, und ein Kollege verzichtete mit Rücksicht auf einen etwa entstehenden Kampf auf seine Wiedereinstellung. Die übrigen 5 Fälle konnten aus irgend welchen Ursachen eine zeitliche Besserung nicht erfahren. Dabei sind eine ganze Reihe solcher Dinge durch örtliche Verwaltungen selbst geregelt worden.

Tarifaufschläge sind in 19 Orten abgelehnt worden, und haben hierbei, da es sich hauptsächlich um provinzielle Orte handelt, die Zahlstellen der größeren Orte in dankenswerter Weise ihr Möglichstes dazu beitragen, was ihnen hier lobend anerkannt werden soll mit dem Wunsch, in Zukunft ein Gleiches zu tun. Wird dieses allerdings beherzigt, so werden die Früchte nicht ausbleiben.

Dreimal wurden Fragen vorgelegt, sie gingen aber stets so ungenügend und unangenehm aus, daß ein richtiges Bild nicht zu bekommen war, und muß es den Kollegen in Zukunft etwas mehr Ernst um diese Angelegenheit sein, damit in diesem Jahre eine möglichst brauchbare Statistik herausgegeben werden kann. Doch ist aus den letzten Fragebogen zu ersehen, daß in 24 Orten Verbesserungen eingetreten sind, und zwar in Bezug auf Lohnverhältnisse, Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Regelung der Sonntagsruhe, Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, auch ist unter anderem vielfach von einer besseren Behandlung, die Rede. In zehn Fragebogen konnte eine Besserstellung nicht gemeldet werden wegen bestehender Tarife. Fünf Orte weisen keine Verbesserungen auf, weil durch zu schwache oder noch gar keine Organisation nichts erzielt werden konnte.

Hier zeigt sich wieder in aller Deutlichkeit, daß nur durch Anschließung an die Organisation der Brauereiarbeiter etwas erreicht werden kann, und das Hand-in-Handgehen der Arbeitgeber und Arbeiter eitel Klunker ist, welches nur in den Köpfen derjenigen noch spukt, die sich nie um die Arbeiterbewegung bekümmert haben, oder sich, wie die eifrigen Vertreter des Gauleiters, von anderen die Kostanten aus dem Feuer holen lassen. Es wird in Zukunft unsere vornehmste Aufgabe sein, noch mehr in die Kreise einzudringen, versuchen, welche uns heute noch fern stehen. Haben wir auch schon einen Teil zu uns herübergezogen, so dürfen wir uns damit durchaus noch nicht zufrieden geben.

An Zeit für Versammlungen und Besprechungen wurden gebraucht, resp. konnten freigegeben werden 79 ganze und 32 halbe Tage. Halbe Tage sind solche, die, ohne übernachten zu müssen, meistens doch den ganzen Tag und einen Teil der Nacht in Anspruch nehmen. Das genügt für Lohnbewegungen und Differenzen 90 ganze und 22 dieser eben beschriebenen halben Tage verwendet worden. Ein halber Tag wurde noch verwendet, um die Abrechnung der eingegangenen Zahlstellen Crimmitschau zu bewerkstelligen; die dortigen Mitglieder zählen jetzt nach Jowdan.

Die Kosten für Versammlungen und Besprechungen betragen 40,60 Mk. für Frachtgelder, 807 Mk. für Diäten. Die

Lohnbewegungen und Besprechungen kosteten 303,60 Mk. Fahrgehalt und 811 Diäten. Die schon erwähnte Abrechnung in Crimmitschau beziffert sich auf 3,90 Mk. Fahrgehalt und 5 Mk. Diäten. Für Abonnements, Material, Druckkosten und Sonstiges wurden 171,17 Mk. verausgabt, und befinden sich darunter die notwendigen Bureaukosten mit dem Betrage von 50,80 Mk. Das Porto belief sich auf 92,10 Mk.

Es wurden in 90 Orten 143 Besprechungen und Versammlungen abgehalten. Hierbei sind Kommissionskationen nicht eingerechnet. Eine rege Korrespondenz machte sich notwendig, und waren zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit den einzelnen Zahlstellen und Einzelmitgliedern 643 Briefe und Karten, 261 Drucksachen, 29 Telegramme und 19 Telefonsprache notwendig. In 9 Fällen mußte Strapporto gezahlt werden, und würde mancher Zahlstelle zu raten sein, sich mit einer Briefswage zu versehen.

Auf einen Uebelstand muß noch hingewiesen werden, und das sind die leidigen Grenzstreitigkeiten. Im dritten Gau betrifft dies hauptsächlich die Transportarbeiter. Wie oft sind nicht schon Versammlungen, die zu den besten Aussichten veranlaßten, durch Zwischentreten dieser Organisationskuriositäten gemacht worden. Ein Vorteil springt dabei in den weitesten Fällen für keine der Organisationen heraus, denn die Arbeiter werden dadurch nur topfischer und treten gar keine Organisation bei. Das noch Schlimmere ist, daß den Personen, die sich um die Organisation brüden wollen, Lira und Tor geöffnet ist. Werden sie von der einen Seite zum Beitritt angehalten, erklären sie, der anderen Organisation anzugehören, und so umgekehrt.

Zu was für Mißbilligkeiten und Streitigkeiten dieser Zwiespalt führt, kann wohl jeder beurteilen, der agitatorisch tätig ist. Wenn davon die Rede sein könnte, daß die Mitglieder und Hülfsmittel vom Verband der Brauereiarbeiter nicht vertreten und agitatorisch bearbeitet würden, wäre das Eingreifen der Transportarbeiter wenigstens erklärlich, aber es ist doch eine genügend bekannte Tatsache, daß die Vertretung der Interessen auch dieser Brauereiarbeitergruppen weit gründlicher und mit weit mehr Verständnis, viel nachhaltiger und wirkungsvoller von unserer Seite, der einzigen Brauereiarbeiterorganisation, geschehen kann und geschieht, und dies schon getan und besorgt worden ist, ehe auch nur der Transportarbeiterverband gegründet wurde. Die Frage der Grenzstreitigkeiten dürfte einer der brennendsten Punkte des nächsten Gewerkschaftskongresses werden. Doch dürfen wir uns eben keine Mühe verbieten und durch nichts von dem uns gesteckten Ziele abbringen lassen, alle Brauereiarbeiter auch im Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter zu vereinen. Tausende unserer Arbeitbrüder schmachten noch unter den drückenden und erbärmlichsten Verhältnissen, warum? Weil sie noch nicht beauftragt haben, daß der einzelne nichts und die Gesamtheit, die Organisation, alles ist. Tausende müssen durch übermäßig lange Arbeitszeit und schlechte Ernährung, bedingt durch schlechte Bezahlung, frühzeitig ins Grab. Um dieses aus der Welt schaffen zu können, muß jeder Agitator sein, muß jeder versuchen, seine Mitarbeiter von dem Werte der Organisation zu überzeugen, und tut jeder sein Möglichstes, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Beipzig. E. Stöcklein.

Bewegungen im Berufe.

† Wschaffenburg. (Verichtigung.) In dem in Nr. 47 der „Brauerei-Zeitung“ veröffentlichten Tarifvertrag der Brauereien Pf. Schmidt, H. Geiger und Jos. Ströger muß es heißen im § 8 Abs. 4: Landtouristen, welche 1/2 Tag in Anspruch nehmen, werden mit 1 Mk., diejenigen, welche 3/4 Tag, mit 1,50 Mk., und solche, welche den ganzen Tag dauern, werden mit 2 Mk. bezahlt. Pflichten- und Rückzahlung, werden extra vergütet.

† Gauschau. Wegen Maßregelung haben auf der Stadt-Brauerei die übrigen Verbandsmitglieder die Arbeit niedergelegt. Zugunsth fernzuhalten.

† Würzburg. (Verichtigung.) Die vereinbarten Lohnverhältnisse im Bürgerbräu, die schon am 1. November im Streit getreten sind, sind folgende:

1. Klasse: zuvor 28 Mk., jetzt 30 Mk., steigend jährlich um 2 Mk. bis zu 42 Mk.; 2. Klasse: zuvor 21 Mk., jetzt 24 Mk.; 3. Klasse: zuvor 18 Mk., jetzt 20 Mk.; 2. und 3. Klasse steigen nach 2 Jahren, jährlich 1 Mk.

Ferner erhalten Arbeitnehmer, welche infolge Krankheit arbeitsunfähig werden, auf die Dauer von 14 Tagen die Differenz zwischen ihrem Lohn und dem ihnen zukommenden Krankengeld von den Arbeitgebern vergütet.

Korrespondenzen.

Aus dem Gau I. In Königsberg, einem Landstädtchen in der Provinz Pommern, betragen die Löhne der Brauereiarbeiter im höchsten Maße 1,50 Mark pro Woche. Der Verdienst der größten Zahl der Kollegen steht unter diesem Maß. Dafür müssen sie von morgens 5 Uhr bis abends 6 Uhr alltäglich und Sonn- und Feiertags mindestens 8 Stunden hart arbeiten. Vollständig ungenügend ist die Arbeitszeit der Bierfahrer, die denselben Lohn erhalten; auf außerer werden sie ausgegütet.

In Kalkstein sind die Brauereiarbeiterverhältnisse noch trauriger. Dort haben die Brauereiarbeiter als Zugabe zu der geringen Entlohnung und langen Arbeitszeit noch eine schlechte Behandlung. Sonntags fahren die Bierwagen am Vormittag, mitunter auch am Nachmittag die Straße. Kein Wunder, wenn die Brauereiarbeiter nicht zur Besprechung, was es sich freilich ausschließlich nur um ihre bessere Zukunft handelt, erscheinen können, denn erkens sind die Kollegen von der bis in den Mittag hinein dauernden Sonntagsarbeit müde, und zweitens können sie sich bei den jetzigen Feiertags- und sonstigen Lebensmittelpreisen weder Meider kaufen, noch einen Schoppen Bier gönnen. Die Kollegen in Kalkstein haben alle Ursache, sich dem Brauereiarbeiterverbande anzuschließen; nur durch die Organisation können bessere Verhältnisse geschaffen werden. Aufnahmen nimmt A. Krabbe, Kiegelestraße 16111 jederzeit entgegen.

In Rieß, Brauerei Sandke, sind die Verhältnisse noch trauriger. Dort erhalten die Arbeiter bei zwölfstündiger Arbeitszeit von morgens 5 bis abends 7 Uhr mit 2 Stunden Pausen pro Tag 2,25 Mark, oder momentlich 1,50 Mk., wenn in die Woche kein Festtag fällt. Dadurch, daß täglich ausbezahlt wird, entzieht man sich der Mitbezahlung der in die Woche fallenden Feiertage. Nach allen Regeln der Kunst versteht man es, die Arbeiter auszunutzen, nur aber nicht dabei, als ob man mit dieser Ausbeutung der Arbeiter runder welche Wohltaten erweist. Auch an die Brauerei Brauereiarbeiter ergeht die Mahnung, sich dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen.

Schneidemühl, Provinz Posen, jetzt aber allem die Krone auf. Kaum glaublich, aber wahr ist es, daß dort die Brauereiarbeiter von morgens 5 bis abends 7 Uhr für 1,75 Mk. täglich arbeiten müssen. Ein Wochenlohn von 12 Mk. und schreie 10,50 Mk. Und dabei ein Jagen und Treiben den ganzen Tag, Sonntags nicht ausgeschlossen. Wie sich die Arbeiter mit diesen Hungerlöhnen einrichten müssen, kann nur gemutmaßt werden, wenn man bedenkt, daß Schneidemühl eine sogenannte Beamtenstadt ist. Beamten erhalten Leutenungsuloge und dadurch werden die Preise für Mieten, Lebensmittel und alles für den Unterhalt notwendige hochgetrieben, was in allen übrigen Beamtenstädten zu be-

obachtet ist. Nach dem Arbeiter fragt niemand, er muß mit dem Hungerlohn zufrieden sein.

In Rieß liegt in der Provinz Schlesien bestehen Tageslöhne von 1,80 Mk. bis höchstens 2 Mk. für Hülfsmittel und Fahrpersonal, für Erlente 2,50 Mk. im Höchstfalle. Die Uebers- und Sonntagslöhne entlohnt man mit 26 Pf. Bei dem Fahrpersonal ist die Nachtarbeit in diese Entlohnung (1,80 Mk.) eingerechnet. Die Behandlung ist nicht die beste. Nur das allernotwendigste, wie Miete — 12—15 Mk. im Monat — Brot, Schmalz und Kartoffeln; die allernotwendigste Kleidung, beschaffen zu können, müssen Frauen, mitunter auch Kinder, tüchtig mitarbeiten. Anstatt daß die Frauen ihre Hausarbeit verrichten, müssen sie mitkochen; die Kinder bleiben, soweit sie nicht auch noch mit angestrichen werden, sich selbst überlassen. Trotz alledem muß noch feste gehungert werden. Zu einem Sonntagsanfang; lang ist es meistens nicht. Die Brauerei Stadtbrauerei, die folgender Löhne zählt, hatte im vorletzten Jahre einen Reingewinn von 125 000 Mark. Auch in anderer Beziehung macht man die Arbeiterrechte. Die Verwaltung der Betriebskrankenkasse, die nur 7 Mk. Krankengeld gewährt; scheint es, obwohl der Arbeiter ebenfalls Beiträge zahlt, nicht für notwendig zu halten, in einer Besammlungs-Versammlung abzulegen; schon fast 3 Jahre fand eine solche Versammlung nicht statt. Statuten sind noch keinem Arbeiter zu Gesicht gekommen. In den Schlafstunden streiten sich Arbeiter und Ungelehrer ums Vorrath. Unter solchen Verhältnissen ist es begreiflich, daß man seitens der Direktion den Arbeitern verbietet, zur Versammlung zu gehen; dafür eine Verurteilung der Arbeitseigenschaft gleich um eine Stunde täglich eintreten läßt. Auch das ist ein Erfolg, des Brauereiarbeiterverbandes, aber diese Besserung genügt nicht lange; wir wollen und werden noch weitere Fortschritte erzielen, wenn auch die übrigen Brauereiarbeiter, die es bis jetzt noch nicht getan haben, sich gleich der schon organisierten Mehrzahl dem Brauereiarbeiterverband anschließen. Der Bestreitung sei es aber gesagt, falls sie es noch nicht wissen sollte, daß das Behalten der Arbeiter von ihren Versammlungen eine Verurteilung ihrer Rechte ist, die sich die organisierte Arbeiterschaft nicht oft gefallen lassen wird. Es ist besser, wenn man die Rechte der Arbeiter nicht schmälert, Einsicht bekennt, der Organisation der Arbeiter nicht hinderlich ist, dann läßt sich im guten auskommen und manches regeln.

In Döhlitz gibt im Monat 50 Mark, bei einer Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, mitunter, besonders in der Mühselperiode, dauert es noch länger. Sonntags muß 3—4 Stunden umsonst gearbeitet werden, nur ungleiche Arbeiten. Die Bierfuhrwerke sind auch hier an den Sonntagen auf den Straßen. Auch hier trifft zu, daß die Frauen, um den notwendigen Lebensunterhalt beizubringen zu können, unter Vernachlässigung der Familienpflichten mit in die Fabrik müssen. Für 75 Mark müssen die Arbeiter in einer Wohnung mit einem einzigen Zimmer, das als Wohnkammer, Küche und Schlafraum zugleich dient, wohnen. In einer größeren Wohnung reicht der von beiden Ehegatten verdiente Lohn nicht aus. Dabei muß nachgehungert und gedurstet werden.

Nur die Organisation kann und wird auch in diesen Orten Stellung in den traurigen Zuständen bringen. Kollegen, wirt überall für Ausbreitung eurer Organisation, des Brauereiarbeiterverbandes.

Berlin. (Sektion I.) In der Versammlung vom 19. November kamen zunächst Anträge des Vorstandes zur Beratung. Um die Versammlung nicht zuwölfe, und unangenehme finanzielle Veränderungen unbedingter Form zu vermeiden, in die Länge zu ziehen und somit das Interesse an den Versammlungen zu vermindern, gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Angelegenheiten, die nicht dem Vorstande bzw. der Koalitions-Kommission vorher zur näheren Prüfung unterbreitet waren, werden in der Versammlung nicht zur Diskussion zugelassen.“ Ferner wurde folgender Antrag: „Die Eintragung der arbeitslosen Mitglieder, der ringfreien Arbeitnachweise in der Blumenstraße ist abhängig von der Meldung in der Zweigvereinsverwaltung, zwecks Prüfung der Organisationszugehörigkeit und einer Klarheit über die Arbeitslosigkeit, gegen eine geeignete Kontrolle der Mitglieder“, gegen 6 Stimmen angenommen. Die Sammlungen für die ausgesperrten Kollegen in Rhinland und Westfalen brachten die Summe von 544,39 Mk. Die gesammelten Posten werden Brauereiarbeiter zur Kenntnis gebracht. Eine Einladung des Berliner Schloß-Orchesters zu dessen philharmonischen Konzerten in der Brauerei Friedrichshagen, Preis pro Willert 30 Pf., wird der Versammlung bekannt gegeben. Der inzwischen erschienene Referent Dr. phil. Günther hielt nun einen Vortrag über: „Das Zusammenwirken in der deutschen Wirtschaftsgeschichte“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hier gab in großen Zügen einen geschichtlichen Überblick der Entstehung, der Blütezeit, des Verfalls und Ende der Kunst sowie der modernen Kunstformen. Von der Zeit Karls des Großen ausgehend, führte er an, wie sich das Handwerk damals Zeit zur regen Bildung, die Meister auf Grund der Kunst für sich und ihre Söhne die Vermittlung zu bestreiten suchten, die anderen Meister aber eine untergeordnete Stellung einnahmen. Aber bereits im Mittelalter erkannten die Gesellen ihre prekäre Lage und vereinigen sich zu Gesellenverbänden, um für einige Vorteile als Arbeiter zu kämpfen, hatten aber unter dem Koalitionsverband der Meister und unter den obrigkeitlichen Bestimmungen manche Schwierigkeiten zu erleiden. Umstände damaliger Zeit hatten aber weniger Wirkung in wirtschaftlicher Beziehung, als daß sie dazu zu suchen waren, daß den Gesellenverbänden bei religiösen Umfragen und magistralen Festlichkeiten nicht der gewöhnliche Platz eingeräumt wurde. Allmählich aber ging die Kunst zurück, um in der Zeit der französischen Revolution bei Entstehung der Manufaktur und der Fabrik fast vollständig und von der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit des 19. Jahrhunderts gänzlich verdrängt zu werden. Durch den Fortschritt der Erfindungen, die Anbahnung der Fabrik und die Konzentration des Kapitals entstanden nun kapitalistische Betriebe, wie andererseits sich die Gewerkschaften und Kartelle bildeten, welche letztere erheblich zum Wohle der Arbeiterschaft beitragen. Zimmerlin, betonte der Referent, bedarf es noch der größten Geduld und deren Anwendung zur Förderung der Allgemeinwohl; zur Erhebung des Arbeiterstandes. Dem Referat folgte eine lebhafteste Diskussion. Gestalt wurde alsdann das Verhalten der Arbeiter-Organisation gegenüber unserer Gewerkschaft bezüglich des Ignorierens unserer letzten Versammlungsberichte, welcher gar nicht zum Abdruck gelangte, doch ist diesfalls Beschwerde bei der Kommission erhoben.

Wunsch. Am Sonntag, den 26. November, fanden am Nachmittag in Friedrichshagen am Abend hier Versammlungen der Kollegen statt. Gauleiter Kollege Thier erwiderte den Anwesenden in Friedrichshagen in seiner einständigen Rede den Gruß und Augen der Organisation. Daß derselbe den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte; beweist, daß sich sofort sämtliche 2 Mann der Organisation anschlossen. Mit diesem schönen Erfolge gegen vor freudig Wunsch zu. Nach hier wurden wir in unseren Hoffnungen nicht getäuscht. Das Lokal war bis auf den letzten Platz besetzt. Auch hier sprach Kollege Thier über das Thema: „Welchen Wert haben tarifliche Vereinbarungen?“ Derselbe erlebte in einer fünfminütigen Rede keine Aufgabe. Der Beifall zeigte, daß er auch hier das richtige Wort gefunden hatte. Ausnahmen hatten hier 8 zur verzeichnen, haben also an einem Tage 17 Mitglieder gewonnen und können mit dem Erfolge zufrieden sein. Der Wunschaler Kollegen, soweit sie organisiert sind, rufen wir zu: Mithelt die Gleichgültigen auf und sorgt dafür, daß auch diese der Organisation anschließen und mit uns kämpfen für

andere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Freising. Am 19. November sprach Kollege Schrems in einer ziemlich gut besuchten Brauereiarbeiter-Verammlung über die Tarifbewegung im Brauereiwesen und die Zustände in den freisinger Brauereien. In Freising fand schon zu Anfang dieses Jahres eine Lohnbewegung in drei Brauereien statt. In zwei kleinen Brauereien wurde die Löhne abgelehnt und die Arbeitszeit pro Tag um 1-1/2 Stunde vermindert. Im Hofbrauhaus, dem Brauereiwesen gehörig, hatte man zwar den Arbeitern versprochen, etwas zu tun, selbst der Herr Graf erklärte, es würden ab 1. April keine Arbeiter aufgestellt und auch sonst noch eine Regelung vorgenommen. Am 1. April wurden die Arbeiter aufgestellt und der Verwaltung las die Gehalts-erhöhung vor; die ersten Wünsche sollten 100 Mk. bekommen. Als ausgesetzt wurde, erhielten sie 75 Mk. statt 100. In dieser Brauerei sind 13 Vorküchen beschäftigt, diese haben zusammen aber nur 6 Betten. Die Arbeitszeit ist von 8 Uhr früh bis 8 abends 9 Uhr; nachts 12 Uhr müssen die Leute wieder raus zur Arbeit. Also eine Präsenzzeit von 21, eine Arbeitszeit von 18 bis 14 Stunden, der Lohn beträgt danach pro Stunde 1 1/2 Pf. In der Aktienbrauerei sind die Löhne für die Arbeiter 65 Mk. monatlich, macht pro Stunde, die Arbeitszeit nur zu 11 Stunden täglich berechnet, 10 1/2 Pf. Man verpflichtet den Leuten Aufzugsgeld, aber sehr selten erhalten sie ein solches; bis zu der Zeit, wo das Aufzugsgeld bezahlt werden soll, sind oder werden die meisten entlassen oder gehen von selbst. In der Brauerei Weihenstephan, einer Staatsbrauerei, duldet man keine Organisation. Der Oberbürger erklärte einem seiner Untergehobenen: „Mit deiner Organisation darfst du bald aufhören, denn wenn ich es dem Verwaltungssache, dann fliegst du.“ In dieser Staatsbrauerei dürfte einmal die Fabrik-Inspektion Menschau halten und diesen Zuständen ein Ende machen. Besonders in der Mälzerei müssen die Leute nicht bloß an Wirtungen, sondern auch an Sonntagen über die gewohnte Zeit hinaus arbeiten. Die Sonntagsarbeit ist auch in der Aktienbrauerei länger als drei Stunden, ohne daß ein Mann frei bekommt. Der Referent bemerkte: an diesen traurigen Zuständen sind in der Hauptsache die Brauereiarbeiter schuld, die sich nicht der Organisation anschließen, sich nicht um ihre Verhältnisse kümmern. In der Diskussion forderten mehrere Redner die Brauereiarbeiter auf, in der Organisation nicht zu erlahmen. Sollten die Brauereiarbeiter nicht vor sieben Jahren die Hinte ins Korn geworfen, dann ständen sie heute schon anders da. Die Brauereiarbeiter müßten sich nicht nur organisieren, sondern auch die Arbeiterpresse, die „Münchener Post“ abonnieren und lesen. Nützlich ist der Aufsicht, auch einmal auf der Wächterbrauerei mehr nachzugehen. Dort sind einige alte Brauer, die über die Organisation schimpfen und sie nicht aufkommen lassen. Sollte die Brauerei dieses auch ferner dulden, so müßte der Gewerkschaftsverein Freising hierzu einmal Stellung nehmen, da doch Wächter-Bier im Gewerkschaftshaus verzagt wird. Im Schlußwort forderte der Referent die Kollegen auf, sich in der Organisation zusammenzuschließen und zusammenzuhalten, denn einzig und allein sind es die Organisationen, an welchen der wirtschaftlich schwache Arbeiter seinen Halt findet.

Stuttgart. Versammlung vom 18. November. Da unser bestehender Tarif am 1. April nächsten Jahres abläuft, haben sich schon die drei letzten Mitglieder-Verfassungen, welche außerordentlich gut besucht waren, mit der Aufstellung eines neuen Tarifs befaßt. Der von der hierzu gewählten Kommission aufgestellte Tarif wurde der Versammlung vorgelegt und von dieser akzeptiert. Den Tätigkeitsbericht des Lokalbeamten vom 1. September 1904 bis 1. September 1905 erstattete Kollege Gimpel. Nach demselben ist die Zahl der Mitglieder in letzter Zeit bedeutend in die Höhe gegangen, so daß die Mitgliederzahl im letzten Quartal mit Ludwigsburg und Göttingen, welche der höchsten Zahlstelle einverleibt wurden, 128 betrug. Verschiedene Kollegen sprachen sich darüber aus, daß es in der Organisation so weiter gehen möge mit dem Zuwachs von Mitgliedern. Hieran sollte der vierteljährliche Kassensbericht in sämtlichen Details, welcher für richtig befunden wurde, jedoch bemängelte Kollege Steinhauser, daß die Beiträge immer so spät ein-

laufen. Man könne den Delegierten nicht immer die Schuld beimessen, denn die Mitglieder seien gewöhnlich der schuldige Teil; diese sollten doch auch bedenken, wenn er immer Unterstützung ausbezahlen sollte und keine Beiträge liefen ein, woher er dann das Geld nehmen sollte. Dieses müsse in Zukunft anders werden. Die Kollegen müßten sich daran gewöhnen, daß mindestens bis zum 15. jeden Monats die Beiträge den Delegierten entrichtet sind, damit dieselben abrechnen können. Betreffs der Besteuerung von 1 Mark an das hiesige Gewerkschaftshaus erinnert der Vorsitzende die Kollegen daran, daß diese unbedingt bezahlt werden müsse; wir könnten doch bei anderen Gewerkschaften nicht nachsehen. Unter Mitteilung des Vorstandes kam eine Angelegenheit zur Sprache, welche das Mitglied Kollege Heinrich, Flaschenmeister in der Aktien-Brauerei Kottenmayer, betrifft. Selbiger hat sich in verschiedenen Fällen täglich an seinen Redenkollegen vergangen, so auch wieder in letzter Zeit, wo er einen Flaschenbierarbeiter mit Schlägen traktierte. Da nun schon bei den früheren Fällen der Direktor genannter Brauerei dem Arbeiter-Ausschuß gegenüber erklärte, bei der ersten Wiederholung solle Heinrich entlassen werden, schloß sich nun der Arbeiter auf jene Erklärung und verlangten vom Herrn Direktor, nachdem sie sich vorher in zwei Geschäftsversammlungen schlichtig geworden, daß Heinrich entlassen werden solle. Der Herr Direktor war aber anderer Ansicht geworden, und meinte, die Entlassung des Heinrich sei für denselben eine zu harte Strafe, und verlangte, daß, bevor Heinrich entlassen würde, der ganze Sachverhalt nochmals behandelt werde, weshalb auch Kollege Steinhauser den Fall in der heutigen Versammlung vorbrachte. Derselbe kam einstimmig zu der Ansicht, daß Heinrich nicht befristet ist, den Posten eines Vorderkühlers zu bekleiden, und angesichts seiner früheren Vergehen gegen seine Nebenkollegen und des Verschickens des Herrn Direktors die sofortige Entlassung des Heinrich zu fordern, damit wieder Ruhe in dem Betriebe einsetze. Außerdem wurde der Ausschluß des Kollegen Heinrich aus dem Verbande beantragt, da er sich gegen das Verbands-konzept vergangen hat, was einstimmig angenommen wurde.

Verbandsnachrichten.

Vom 27. November bis zum 3. Dezember gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:
Brüssel 20,48. München i. B. 100,—. Metz 58,95. Gmünd 82,—. Straßburg 147,—. Köln a. S. 5,40. Wilmersdorf 5,20. Heinrichs-Suhl 39,90. Wilmersdorf 2314,17. Weimold 27,77. Ziegenrück 3,—. Mülheim a. Rhein 33,44. Osnabrück 29,25. Bremerhaven 10,—. Cappel 4,—. Halberstadt 9,85. Jütum 11,80. Stuttgart 1593,55. Nürnberg 600,—. Bremerhaven 193,60. Regensburg (Gau 4) 53,40. Straubing 8,46. Für Inzerate ging ein: Dessau 1,50. Celle 1,—. Ludwigsburg 3,60. Elmhorn 1,40. Bremerhaven 2,—. Nienburg 2,—. Köln 1,30. Tübingen 1,60. Gießen 1,40. München 9,40. Jannu 24,—. Karlsruhe 1,40. Stuttgart 3,80. Berlin 3,60. Düsseldorf 1,00. Berlin 5,80. Magdeburg 2,—.

Für die Kollegen in Rheinland-Westfalen ging ein: Mülheim 9,—. Material ist abgefaßt: Bei 40 Mitgliedsbücher und 1600 Marken à 40 Pf. Regensburg (Gau 4) 50 Mitgliedsbücher und 400 Marken à 40 Pf. Augsburg 4000 Marken à 40 Pf. Ulm 400 Marken à 40 Pf. Hamburg 12000 Marken à 40 Pf. Rumburg a. Bahn 400 Marken à 40 Pf. Straßburg 800 Marken à 40 Pf. Straubing 10 Mitgliedsbücher und 200 Marken à 40 Pf. Neubrandenburg 20 Mitgliedsbücher und 200 Marken à 40 Pf. Osnabrück i. Vogt. 20 Mitgliedsbücher und 400 Marken à 40 Pf. Bayreuth 400 Marken à 40 Pf. Landshut 400 Marken à 40 Pf. Bremerhaven 1600 Marken à 40 Pf. Wöfen (Gau 1) 60 Mitgliedsbücher. Abrechnung für das 3. Quartal haben eingekandt: Weissen, Ulm, Bielefeld, Heinrichs-Suhl, Schwyningen, Detmold, Straßburg, Koburg, Rumburg a. d. Bahn, Mülheim a. Rhein, Offenburg, Bremerhaven, Stuttgart, Jelmstedt, Osnabrück, Wollershausen i. Thür. Die Abrechnung für das 3. Quartal fehlt noch aus folgenden Zahlstellen: Alfeld, Anderloch, Antwerpen, Warmen, Bernburg, Coblenz, Düsseldorf, Frankenthal, Freiburg

(Sachsen), Friedberg (Hessen), Göttingen, Weimold, Jheho, Kaiserlautern, Kuppenburg, Kuppenburg, Kuppenstadt a. Orla, Nordhausen, Osterode, Pflanzstadt, Pflanz i. Volkst., Mansfeld, Köbel i. W., Saalfeld, Straßburg, Umma i. W., Weener in Ostfriesland, Wismar und Witzburg.

Vorstehenden Zahlstellen diene zur Nachricht, daß spätestens am 15. Dezember die Listen geschlossen werden und Bilanz gezogen wird. Die Zahlstellen, welche bis dahin die Abrechnung nicht eingekandt haben, können nicht mehr in den Listen aufgeführt und deren Abrechnungen mit diesem Quartal verrechnet werden.

Zahlstellen, welche noch Geldbeträge zum 3. Quartal zu senden haben, werden ersucht, diese gleichfalls bis zum 15. Dezember einzusenden, andernfalls diese Beträge in die Bilanz aufgenommen und unter „Ausstände der Hauptkasse“ aufgeführt werden.

Der Hauptkassierer: H. Ragerl.

* Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Sinnerberg der Brauer Baptiste Vogner aus Wangen, geb. 24. 10. 1878, Buch-Nr. 33830.

* Das Verbandsbuch Nr. 3091 des Kollegen Wilh. Kreer aus St. Gallen (zuletzt in Bruchsal) liegt beim Unterzeichner. H. Thierker, Karlsruhe, Karl Wilhelmstr. 45.

* Das Mitgliedsbuch des Kollegen Donatus Furtler, Buch-Nr. 10391, Eintritt 1. Dez. 1903, ist abhanden gekommen. Bei Vorzeigen ist dasselbe an den Hauptvorstand einzusenden.

Versammlungsanzeigen.

Münchberg. Sonntag, 10. Dez., 4 1/2 Uhr, im Gasthof „Zwölfi“. Alles erscheinen!
Nürnberg. Sonntag, 10. Dez., 4 Uhr, bei Bröder. Sebung der Lokalbeiträge.
Bremen i. Sonntag, 9. Dez., 8 1/2 Uhr, bei S. Diercks, Beaulstr. 18 (Gde Westerst.).
Chemnitz. Sonntag, 10. Dez., 1/3 Uhr, in der „Hoffnung“, Untere Georgstraße 1. Alle erscheinen, Nichtorganisierte mitbringen!
Dortmund. Sonntag, 10. Dez., 3 Uhr, bei Steinmann, L. Kampstr. Alles pünktlich!
Eisenach. Sonntag, 10. Dez., 4 Uhr, im „Fröhlichen Mann“.
Gefuckdt. Sonntag, 10. Dez., 3 Uhr, im „Bündenhof“.
Ludwigsburg. Jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats im Lokale von Otto Schulze, Beelitzerstraße 34.
Odenburg. Sonntag, 9. Dez., 8 Uhr, im Vereinshaus, Nellenstr. Alle Mann pünktlich!
Pforzheim. Sonntag, 16. Dez., 8 Uhr, bei Kollegen Reger.
Reutlingen. Sonntag, 10. Dez., 2 Uhr, bei Mitglied Walch, Zum Federnstr.
Saarbrücken-St. Johann. Sonntag, 10. Dez., 2 Uhr, im „Kaiseraal“. Alles zur Stelle, Nichtorganisierte mitbringen!
Schwerin i. M. Sonntag, 9. Dez., 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, Schloßstr.
Schwenningen u. Umg. Sonntag, 10. Dezember, 3 Uhr, in der „Siegeshalle“ in Kottweil, für Kottweil und Trofflingen; Sonntag, 17. Dezember, 2 Uhr, im „Grünen Baum“ in Schwenningen, für Schwenningen-Willingen. Nichtorganisierte sind eingeladen.
Solingen. Sonntag, 10. Dez., 4 Uhr, in Ohligs im Lokal Fehrentamp, Düsseldorfstr. Abfahrt der Solinger Kollegen 3 Uhr 45 von Solingen-Süd.
Sonneberg. Sonntag, 10. Dezember, 3 Uhr, bei Gruner, „Bündenhof“.
Weimar. Sonntag, 9. Dez., 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“.
Werder. Sonntag, 10. Dez., 3 Uhr, öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung bei Koch, Volkshaus, erschienen!
Witzburg. Sonntag, 17. Dez., 2 Uhr, in Karlstadt, „Gasthaus zum goldenen Anker“. Alles erscheinen, auch die Kollegen von Thüngen; Unorganisierte mitbringen!

Nachruf.
Am 6. November verschied plötzlich unser treuer Mitglied **Gottlieb Haas** aus Nach, D.-M. Freudenstadt. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Beihülfe Lübbach.

Nachruf.
Am 22. November starb plötzlich unser Kollege, der Bierfahrer **August Schilling**, im 45. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken dem wahr ist!
Die Beihülfe Nordhausen.

Wächter von Kollegen.
Alfred Mautsch, früher mit mir in Reudnitz in Stellung gewesen, eruchen, seine Adresse unter P. P. 200 postlagernd Riesa niederzulassen. Bin jetzt selbständig und muß einen ersten Gehilfen haben, dem ich sämtliches in die Hand geben kann. Da ich der dieses Vertrauen schenke, so bitte um meinen Beschid.
Dein Kollege
früher in Reudnitz bei Leipzig.
Bitte die werten Kollegen, ihn auf Vorstehendes aufmerksam zu machen.

Glas-Christbaum schmuck

aus erster Hand versendet gut verpackt in Kisten Sort. I. 325 St. bessere verarbeitete Panorama- und Eisenglas, mit Silberdraht, Gläser und Seidenquasten verzierte Neuheiten, hochfeine Leuchttöpfe, große überspannte Vasen mit Silberdraht, verschiedene Früchte, Schneeballen, Gläser, Bögel, Leuchtpfeile etc. zum Preis von 5 Mk. gegen Einsendung (Einsendung 5,30 Mk.) - Sort. II. 110 Stück größere Sachen zum selben Preise 5 Mk. (Einsendung 5,30 Mk.) Diese beiden Sorten sage ich gratis schon im Vorjahre mit großem Erfolg aufgenommenen Fruchtbüschel mit Blumenkranz und einem bezaub. Engel, 2 Pakete Lampion und 2 Pakete Konfektbuket bei - 2 Pakete kleinerer Sort. 150 Stück zu 3,30 Mk. (Einsendung 3,70 Mk.) Hierbei gratis Fruchtbüschel mit Blumenkranz. - Für Händler Sort. zu 8 Mk. und höher.

Max Heumann, Lauscha S.-Mein. 25.

Erreicht haben wir ein wirklich tadelloser unter Garantie funktionierendes neu verbessertes

Christbaum-Geläut



zu dem billigen Preise von nur Mk. 1,00, Porto 20 Pf. extra. Dieses Geläut orsozi fertige Spitze und ist das Beste, was es als vielzähligen Metall geläut wird, ein wirklicher Prachtbaum jedes Weihnachtsbaums. Sobald nun die Kerzen angezündet werden, setzt sich das Rad in Bewegung und die hieran befindlichen Perlen schlagen n alsdann gegen die Glocken an und nun hört man ein herrliches Weihnachtsgeläute, welches Veranlassung zu einer richtigen Weihnachtsstimmung gibt. Fast in keinem Christbaum wird wohl ein solches herrliches Geläute fehlen. Da doch der Preis ein sehr geringer ist, decken Sie Ihren Bedarf in eigener Interesse jetzt schon, da im vorigen Jahre Tausende nicht geliefert werden konnten wegen zu starker Nachfrage. Auch wenn dieses Instrument auf den Ofen gestellt wird, entsteht ein harmonisches Glockengeläute. (Gebrauchsanweisung liegt jedem Geläute bei) - Katalog versenden wir gratis und franko aber Neuhelben in Christbaum-schmuck, Spielwaren, Waffen, Munition etc.

Gebrüder Bell Fabrik-Ver-sandgeschäft bei Gräfrath Solingen.

Anzüge und Paletots nach Maß, 25 bis 35 Mk., unter Garantie des taubelosen Sitzes, von prima Partiestoffen; prima Leder-Hose, 2 1/2 Pf. schwer, 4,50 Mk.; prima Leder-Jackett, 1- und 2reihig, 8 Mk.; Samsburger Dreibrat-Lederhose, la, 6 Mk.; Hamburger Dreibrat-Leder-Jackett, la, 1- und 2reihig, 11 Mk., in jeder gewünschten Farbe und Muster, sowie Manschetten in Braun und schwarz sende portofrei, streng reell. Nicht gefallendes nehme ich retour. Muster und Preisliste franco.

Emil Hohfeld, Kleiderfabrik und Versandhaus, Dresden N., Ritterstr. 2.

Joh. Dohm Spezialgeschäft für Bierbrauer, Kiel, Winterbekerstraße 12, empfiehlt in bekannter Güte: Normal- u. bunte Hemden, Unterhosen, Socken, extra harte Holzschuhe, Pflanzschuhe, Mäuserparaplyen, Seiden- und Tuchmäntel, Arbeitskleider u. Joppen, Handtücher, gr. Köcher, Bierkrüge usw. - Neue Preisliste gratis.

Unsern Kollegen und Kassierer **Alois Obermeier** zu seinem 1. Prinzip ein dreifaches Hoch. Die Verbandskollegen der Brauerei Reiter, Vörsach.

Unsern Mitglieder, dem Bierfahrer **Emil Hennig** und seiner lieben Frau zu der am 9. Dezember stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Einzel-Mitglieder von Leipzig und Umgebung.

Holzschuhe ohne Füll



auf Wunsch getipptes od. glattes Leder, leicht gehend - neueste Façons - Preis Mk. 3,50, mit Seber besetzt Mk. 4,50, speziell für Brauer.

H. Schäfer, Hanau a. M., Schirmerstr. 5.

Fässer.

Ginen größeren Posten neuer Biertransport - Fässer (1/2 und 1/4 Tonnen), sowie gebrauchte Bierlager-Fässer von ca. 30/50 hl Inhalt, sehr billig veräußert bei **Johs. Erdmann, Königsberg i. Pr.**

Alte Metalle

als kupferne Kessel, Röhre etc. ferner Zinnrohre, sowie alle sonstigen Metalle kaufe ich zu hohen Preisen.
Josef Lausberg, Machen, Sandhauserstraße 19.

Empfehle den werten Kollegen meine vorzüglichen **Zigarren.**

Als Spezialität:
100 St. 5 Pf.-Zigarren 3,80 Mk.
100 St. 6 Pf.-Zigarren 4,80 Mk.
Besand nur unter Nachnahme.
Conrad Böhme, Glashütte (Sachsen).

Einige sehr gut erhaltene **automatische Wagen Chronos,** von der Schweizer Maschinenfabrik C. Reuther & Reiser (S. m. S. G.), Hennef a. Sieg gebaut, haben wir wegen Betriebsänderung billig abzugeben.
Norddeutsche Zucker-Raffinerie Freilstedt.

Unsern Kollegen **Hans Bögel** und seiner lieben Braut **Stäulein Lieschen Senf** zur Hochzeitfeier am 9. Dezember die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der Brauerei S. Freyberg, Halle a. S.

Glas-Christbaum schmuck



1 mich geschmücktes Sortiment meiner anerkannt nur besseren Fabrikate in unübertroffenen Glasarbeiten Neuheiten in tafelfest, prächtig oder verziert, matten u. bemalt, Gegenständen in den feinsten und mannigfalt. Ausfüh. als leuchtende Brillantkrone, Leuchtblätter, Kugeln (mit Gläsern, Trompeten mit Stimme, Wachsengel mit Lockenhaar und bewegl. Glasfüßeln, Brillantperlen, Gläsern, Brotkrugeln, Regenbogenkrone, Kron Glöckl m. Kind i. Sad, Weihnachtsmann m. Schneemann, Wunder-Glocken, Döb, Zuckermännchen, Landdr., Korbhühner mit Kuckuck, Kränze, Goldschmuck, Kananischbögel i. Käfig, Geborn, Singvögel, Krachhühner, Kröte mit Bergglocke, herziges Glöcklein, Papagei, Ente, 1 reizendes Blumenmädchen etc. etc. zum Preis von 5 bis 10 Mk. Preis von nur ca. 330 Stück billig, Preis von nur 5 Mk. 1 Schlagel mit bewegl. Goldschmuck u. 1 Fruchtkorb, garniert m. Kränzen, sowie 1 Paradiesblume mit groß. herrlichen Schmetterling und 1 Heisen-Leuchtblätter, beide 10 cm groß, gratis bei. - Sort. II. Sur gesch. Weiterempfehlung sage 5 Mark. 1 Schlagel mit bewegl. Goldschmuck u. 1 Fruchtkorb, garniert m. Kränzen, sowie 1 Paradiesblume mit groß. herrlichen Schmetterling und 1 Heisen-Leuchtblätter, beide 10 cm groß, gratis bei. - Sort. II. Sur gesch. Weiterempfehlung sage 5 Mark. 1 Schlagel mit bewegl. Goldschmuck u. 1 Fruchtkorb, garniert m. Kränzen, sowie 1 Paradiesblume mit groß. herrlichen Schmetterling und 1 Heisen-Leuchtblätter, beide 10 cm groß, gratis bei. - Sort. II. Sur gesch. Weiterempfehlung sage 5 Mark.

E. Reinhard, Neuhaus a. Rennweg Thüringen No. 11.

Referent Herrl. Hofe - Größtes Geschäft der Branche am Platze.
1000 v. Dankschreiben. Die Kisten wurden auch in 100 v. J. empfohlen. Des Braumes weg, nur 2 Dankstr. Die 2 Kisten enthält, hat mich überrascht, was man alles für 5 Mark bekommt. Bitte noch 2 Kisten. Die 2 Kisten, die man alles für 5 Mark bekommt. Bitte noch 2 Kisten. Die 2 Kisten, die man alles für 5 Mark bekommt. Bitte noch 2 Kisten.